



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Daniel Gander / Emanuel Waeber
blueFACTORY

2014-CE-75

I. Anfrage

Der Staat und die Stadt Freiburg sind am 6. Juni 2012 Eigentümer des Cardinal-Geländes geworden, nachdem jede Partei einen Betrag von 12,5 Millionen Franken investiert hat. Seit diesem Datum wurden zahlreiche Studien und eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt.

Gleichzeitig haben die Wirtschaftsförderung (WIF) und zahlreiche Dienststellen des Staats und der Stadt an der Entwicklung dieses Projekts mitgewirkt.

Darüber hinaus wurde ein politischer Steuerungsausschuss für die Verwaltung und Vermietung der Räumlichkeiten aufgestellt. Er arbeitet zurzeit an der Bereitstellung zusätzlicher provisorischer Räumlichkeiten. Die verfügbaren Räume werden bereits an FriUp und verschiedene Firmen vermietet.

Am 12. Februar wurde die Gesellschaft blueFACTORY Fribourg-Freiburg SA mit einem Startkapital von 50 Millionen Franken gegründet. Wir stellen fest, dass ein Verwaltungsrat und ein strategischer Beirat aufgestellt wurden. Seit diesem Datum wird das Gelände von dieser Gesellschaft und ihren Räten verwaltet. Aufgrund dieser Darlegungen und angesichts der finanziellen Undurchsichtigkeit dieses Projekts vor der Gründung der AG erlauben wir uns, folgende Fragen zu stellen:

1. 1. Wie viel Geld hat der Staat für die zahlreichen Studien und die öffentliche Ausschreibung für die Entwicklung des Geländes ausgegeben?
2. 2. Wie viele Kosten sind dem Staat, seinen Dienststellen, der Wirtschaftsförderung und dem politischen Steuerungsausschuss für die Entwicklung des Projekts entstanden?
3. 3. Wie lauten die Rückerstattungsmodalitäten für die Investitionen, die für den Geländekauf getätigt wurden?
4. 4. Sind die Grundstücke bei einer Kapitalisierung von 50 Millionen Franken und mehr seit der Gründung der Aktiengesellschaft noch verkäuflich, falls die AG in finanzielle Schwierigkeiten gerät?
5. 5. Auf welchen Betrag belaufen sich die Hypothekarzinsen zulasten des Staats und wer deckt den Betrag?
6. 6. Was ist die Firma FriUp und durch wen wird sie finanziert?
7. 7. Wird die Wirtschaftsförderung von der AG für den Transfer ihres Wissens über das Projekt entschädigt?
8. 8. Wie und mit welchem Betrag wird der Staat die Finanzierung von blueFACTORY in den Jahren 2015 bis 2020 unterstützen?

Die Start-ups sind inzwischen eng mit blueFACTORY verbunden. Gemäss den Zahlen des Bundesamts für Statistik überlebt nur die Hälfte der Jungunternehmen die ersten fünf Jahre nach ihrer Gründung. Den Branchenexperten zufolge überleben nur 10 bis 20 % der Start-ups im technologischen Bereich.

Wir möchten einen Überblick darüber erhalten, was bis heute unternommen wurde, insbesondere:

- a) Wieviel hat der Staat in die Start-ups investiert?
- b) Wie viele Start-ups werden zurzeit unterstützt?
- c) Wie viele Start-ups haben bis heute die volle Reife erreicht und können als rentabel und lebensfähig betrachtet werden?

27. März 2014

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat beantwortet gerne die Fragen der Grossräte Daniel Gander und Emanuel Waeber über den Verlauf des Projekts blueFACTORY. Die Feststellung der Grossräte Gander und Waeber über die angebliche «finanzielle Undurchsichtigkeit» des blueFACTORY-Projekts kann er jedoch nicht nachvollziehen. Der Grosse Rat wurde vom Staatsrat wiederholt und detailliert über den Fortschritt dieses Dossiers und insbesondere über dessen finanzielle Auswirkungen informiert:

- | | |
|----------------|--|
| > Oktober 2011 | > Bericht Nr. 268 zum Postulat 2024.07 Eric Collomb über die Schaffung eines Technologieparks als Dach für die Innovation |
| > Mai 2013 | > Bericht Nr. 60 des SR an den GR über die Gründung der Aktiengesellschaft Bluefactory Fribourg-Freiburg SA im Hinblick auf die Errichtung eines Technologieparks auf dem ehemaligen Gelände der Cardinal-Brauerei in Freiburg |
| > Februar 2014 | > Gründung der AG |
| März 2014 | Bericht 2014-DEE-23 des SR an den GR über die Finanzierung der Technologieplattformen auf dem blueFACTORY-Gelände |

Die meisten Fragen der Grossräte Gander und Waeber werden in diesen verschiedenen Berichten beantwortet. Was die Kapitalisierung der Gesellschaft Bluefactory Fribourg-Freiburg SA betrifft, möchte der Staatsrat den von den Grossräten erwähnten Betrag berichtigen. Der Betrag beläuft sich auf 25 Millionen Franken und nicht auf 50 Millionen (vgl. Bericht vom Mai 2013).

Zur Erinnerung: Die BFF SA wurde wie folgt finanziert:

Als das Cardinal-Areal gekauft wurde, sind der Staat und die Stadt Freiburg zusammen eine finanzielle Verpflichtung von 25 Millionen Franken eingegangen, wobei 12,5 Millionen Franken auf den Staat und 12,5 Millionen Franken auf die Stadt entfielen.

Dieser Betrag wurde wie folgt verwendet:

- > 21,5 Millionen Franken für den Kauf des Geländes;

- > 2,5 Millionen Franken für die Vorbereitungsphase unter der Kontrolle des politischen Steuerungsausschusses;
- > 1 Million Franken als Startkapital der Bluefactory Fribourg-Freiburg SA (BFF SA).

Die Barzahlung von einer Million Franken bei der Gründung der BFF SA erfolgte über eine Zahlung von 500 000 Franken durch jeden Partner auf das Hinterlegungskonto unter der Aufsicht des Notars.

Die notarielle Urkunde beinhaltet auch einen Aktienübernahmevertrag in der Höhe von 24 Millionen Franken gestützt auf einen von einer unabhängigen Prüfungsstelle aufgestellten Bericht. Dieser Betrag entspricht dem Kaufwert des Geländes und den getätigten Investitionen während der Phase des politischen Steuerungsausschusses. Der gesamte Wert des Geländes ist somit in die Aktiven der Gesellschaft BFF SA geflossen. Die Partner haben in ihrer jeweiligen Bilanz den Immobilienwert von 12,5 Millionen Franken durch den Wert ihrer finanziellen Beteiligung an der BFF SA in Form von Aktien ersetzt.

Der Staatsrat gibt ausserdem gerne die folgenden zusätzlichen Auskünfte:

1. *Wie viel Geld hat der Staat für die zahlreichen Studien und die öffentliche Ausschreibung für die Entwicklung des Geländes ausgegeben?*

Im Sinne des oben in Erinnerung gerufenen Finanzrahmens beläuft sich der Betrag für die Phase unter der Kontrolle des politischen Steuerungsausschusses auf 2,5 Millionen Franken und umfasst namentlich die Städtebaustudien, aber auch die Notariatskosten, die Handänderungssteuern, den Betrieb und den provisorischen Unterhalt des Geländes sowie die Kosten für die Studien und die Errichtung der juristischen Person (Bluefactory Fribourg-Freiburg SA), die am 12.02.2014 den Betrieb übernommen hat.

Das Budget ist noch nicht abgeschlossen, da gewisse Posten noch verwendet werden (insbesondere die Kosten für den Masterplan und die Vorbereitung des KNP). Stand der Verpflichtungen am 30.04.2014:

Eingegangene Verpflichtungen am 30.04.2014	in tausend Franken
Mutation / Notar / Grundbuchamt	172
Politischer Steuerungsausschuss	38
Betriebsstruktur	234
Vorbereitungsstudien / Inventar des Geländes	124
Städtebauwettbewerb	535
Masterplan	150
Mobilitätsstudie für das Gebiet Bahnhof/Pérolles	200
Ausarbeitung des KNP-Dossiers	50
Energiekonzept	46
Inhaltsstudien	82
Gründung der Aktiengesellschaft	62
Geländeunterhalt und dringende Arbeiten	324
Provisorischer Betrieb	115
Studien für die Bereitstellung zusätzlicher Räume	155
Kommunikation	190
Verbleibender Saldo	24

Total Studien Politischer Steuerungsausschuss	2500
--	-------------

Dieses Budget wird von der Wirtschaftsförderung im Rahmen der Staatsrechnung verwaltet. Die Nutzung dieser Mittel untersteht einem Finanzreglement, das die Finanzverwaltung (FinV) aufgestellt und der politische Steuerungsausschuss genehmigt hat. Gemäss diesem Reglement stellt die FinV der Stadt Freiburg einmal pro Quartal 50 % dieser Kosten in Rechnung. Dieses Budget von 2,5 Millionen Franken wird somit zu gleichen Teilen vom Staat und von der Stadt Freiburg, den Partnern des blueFACTORY-Projekts, getragen.

2. *Wie viele Kosten sind dem Staat, seinen Dienststellen, der Wirtschaftsförderung und dem politischen Steuerungsausschuss für die Entwicklung des Projekts entstanden?*

Der direkt und in bar aufgewendete Betrag beläuft sich auf 2,5 Millionen Franken (Einzelheiten dazu unter Punkt 1). Es handelt sich dabei nicht um Kosten zulasten des Staats, sondern um Investitionen, da dieser Betrag durch die finanzielle Beteiligung an der BFF SA aktiviert wird.

Was die indirekten Kosten betrifft, so ist die Zeit, die die Mitglieder des politischen Steuerungsausschusses und der verschiedenen an den Arbeitsgruppen beteiligten Dienststellen des Staats und der Stadt aufgewendet haben, nicht im Betrag der 2,5 Millionen Franken enthalten. Es wird keine separate Zeitabrechnung aufgestellt, doch können diese Kosten auf 100 000 bis 200 000 Franken geschätzt werden, die zwischen dem Staat und der Stadt aufgeteilt sind. Den Mitgliedern der Arbeitsgruppen wurden im Übrigen keine Sitzungsgelder gewährt.

Was die Wirtschaftsförderung im Besonderen betrifft, so sieht die Lage wie folgt aus:

- > Der Direktor der Wirtschaftsförderung hat die Projektgruppe während der Phase des politischen Steuerungsausschusses geleitet. Seine Zeit wird nicht abgerechnet.
- > Eine Person wurde von der Wirtschaftsförderung im April 2012 speziell für das Projekt angestellt. Ihr Lohn wird zu 50 % über das Budget des blueFACTORY-Projekts finanziert (Rubrik «Betriebsstruktur» des Budgets von 2,5 Millionen für die Phase des politischen Steuerungsausschusses).
- > Die anderen Mitarbeitenden der Wirtschaftsförderung hatten nicht mit dem blueFACTORY-Projekt zu tun oder nur am Rande.

3. *Wie lauten die Rückerstattungsmodalitäten für die Investitionen, die für den Geländekauf getätigt wurden?*

Der Staat (wie auch die Stadt) hat für den Liegenschaftswert Aktien der BFF SA erhalten. Deshalb stellt sich die Frage der Rückerstattung nicht. Falls einer der Partner seine Aktiven nutzen möchte (innerhalb der Grenzen, die im Aktionärsvertrag festgelegt sind), hat er die Möglichkeit, seine Aktien zu verkaufen, um das Kapital zu beziehen. Tritt dieser Fall ein, kann sogar davon ausgegangen werden, dass ein kompletter oder teilweiser Ausstieg aus der Gesellschaft mit einem bedeutenden Gewinn verbunden sein wird, insbesondere falls die BFF SA ihre Selbstfinanzierungs- und Wachstumsziele erreicht hat.

4. *Sind die Grundstücke bei einer Kapitalisierung von 50 Millionen Franken und mehr seit der Gründung der Aktiengesellschaft noch verkäuflich, falls die AG in finanzielle Schwierigkeiten gerät?*

Die Behauptung, die Kapitalisierung belaufe sich auf 50 Millionen Franken, ist falsch. Im Bericht vom Mai 2013 wird ausdrücklich der Betrag von 25 Millionen Franken erwähnt.

5. *Auf welchen Betrag belaufen sich die Hypothekarzinsen zulasten des Staats und wer deckt den Betrag?*

Die BFF SA ist finanziell so aufgestellt, dass sie keine Hypothekarzinsen zulasten der Staatsrechnung verursacht.

6. *Was ist die Firma FriUp und durch wen wird sie finanziert?*

FriUp ist ein Verein, der die Aufgabe hat, Start-ups zu beherbergen und zu beraten und auch die KMU des Kantons zu beraten. FriUp hat keine direkte Verbindung zur BFF SA. Seit Oktober 2012 mietet der Verein Räumlichkeiten auf dem blueFACTORY-Gelände und steht folglich seit März 2014 im Mietverhältnis zur BFF SA.

FriUp veröffentlicht jährlich seinen gut dokumentierten Jahresbericht. Der Bericht zum Jahr 2013 erwähnt ein Jahresbudget von 1,56 Millionen Franken (ohne den Betrieb der regionalen Gründerzentren Süd und Nord). Dieses Budget umfasst:

- > 0,38 Millionen Franken für die allgemeinen Kosten
- > 0,96 Millionen Franken für die Beratungstätigkeit im ganzen Kanton
- > 0,23 Millionen Franken für den Betrieb des Gründerzentrums auf dem blueFACTORY-Gelände (darunter die Miete von Räumlichkeiten bei der BFF SA)

FriUp bietet Beratungsdienstleistungen im Bereich Innovation für Freiburger Start-ups und KMU. Der Verein steht nicht im Wettbewerb mit privaten Beratungsfirmen, die nur wenig oder keine Beratung in diesem Unternehmenssegment bieten. Der Staat unterstützt FriUp, um den Innovationsprozess der Unternehmen im Kanton im Rahmen seiner Innovationspolitik zu fördern. FriUp erhält eine feste Subvention von 0,47 Millionen Franken pro Jahr über das Budget der Wirtschaftsförderung und etwa 0,54 Millionen über das NRP-Budget (50 % Staat, 50 % SECO). Die restliche Finanzierung erfolgt je nach Projekt über Unternehmensbeteiligungen, über das Budget von platinn (Fonds für interkantonale Projekte) und über die Mitgliederbeiträge.

7. *Wird die Wirtschaftsförderung von der AG für den Transfer ihres Wissens über das Projekt entschädigt?*

Nein, dieser Mechanismus ist nicht vorgesehen. Andernfalls müssten alle Dienststellen des Staats und der Stadt entschädigt werden, die zur Wertsteigerung der BFF SA beigetragen haben. Die Stadt und der Staat als Partner und Aktionäre der AG werden durch die Wertsteigerung ihrer gemeinsamen Investition in die BFF SA entschädigt.

8. *Wie und mit welchem Betrag wird der Staat die Finanzierung von blueFACTORY in den Jahren 2015 bis 2020 unterstützen?*

Der Staat und die Stadt beteiligen sich an der BFF SA als Aktionäre. Folglich kann nicht vorbehaltlos bestätigt werden, dass sie nie mehr um Mittel angegangen werden. Trotzdem sollte die Finanzierung der BFF SA grundsätzlich keine neuen Investitionen vom Staat erfordern. Angesichts der ausreichenden Kapitalisierung der Gesellschaft sollte sie sich für den Bau der Gebäude vorrangig auf Bankkredite stützen. Ihre festen Kosten (Löhne, Betriebskosten) werden durch die Bruttomargen auf den Mieten der Gebäude gedeckt, sobald in etwa drei bis fünf Jahren eine Grösse von etwa 15 000 m² Mietfläche erreicht wird.

Daneben unterstützt der Staat spezifisch die inhaltlichen Projekte, die wie FriUp als Mieter von Räumlichkeiten auf dem blueFACTORY-Gelände auftreten.

Der Bericht (Bericht 2014-DEE 23 des SR an den GR über die Finanzierung der Technologieplattformen auf dem blueFACTORY-Gelände), der am 15. Mai im Grossen Rat besprochen wurde, stellt die Finanzierungsmodalitäten und die ungefähre Höhe der vorgesehenen Unterstützung für die vier bis heute identifizierten Technologieplattformen vor. Die Finanzierung kann in Form von A-fonds-perdu-Beiträgen (26,2 Millionen für das SLL-Projekt) oder Darlehen/Bürgschaften (12 Millionen für das SICHH-Projekt) erfolgen. Die beiden anderen Plattformen (für Darlehen/Bürgschaften von insgesamt 6 bis 8 Millionen Franken) werden vor Ende 2014 vorgelegt. Es gilt hervorzuheben, dass die Darlehen und Bürgschaften, auch wenn sie mit einem gewissen Risiko behaftet sind, bereits durch bestehende Rückstellungen in der Staatsrechnung weitgehend gedeckt sind. Die einzigen neuen Ausgaben liegen in den jährlichen Kosten des SLL ab 2019 (6,4 Millionen Franken pro Jahr für die Freiburger Zweigstelle der ETH Lausanne und 1,3 Millionen Franken für die SLL-Beteiligung der Freiburger Hochschulen).

Der Bericht vom Mai 2014 erwähnt auch die indirekten finanziellen Auswirkungen des blueFACTORY-Projekts insbesondere auf die städtischen Infrastrukturen rund um das Quartier, die ihm aber nicht direkt und allein angelastet werden können. Die Entwicklung zahlreicher Projekte im Bereich Bahnhof-Cardinal-Pérolles, darunter auch blueFACTORY, verlangen nach einer Neudefinition der Verbindungen zwischen den Quartieren und der Mobilität im gesamten Sektor. Ausserdem muss der allfällige Erholungspark noch genauer geprüft werden. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Stadt und des Kantons wird aufgestellt, um die entsprechenden Investitionen zu planen, die noch nicht beziffert werden können.

Abgesehen von diesen Punkten ist unseres Wissens keine andere Beteiligung des Staats an die Finanzierung des blueFACTORY-Projekts bis 2020 vorgesehen.

Zweiter Teil der Frage zu den Start-ups

Bezüglich der Überlebensstatistik der Start-ups, die von den Grossräten angeführt wird, weist der Staatsrat darauf hin, dass andere Statistiken zeigen, dass die Erfolgsquote der Start-ups dank Coaching und Begleitung erhöht werden kann. Mehrere Coaching-Institutionen, darunter auch FriUp, weisen bei den von ihnen begleiteten Unternehmen eine Überlebensquote von über 90 % aus.

Der Staatsrat will an dieser Stelle die Rolle unterstreichen, die die Unterstützung der Start-ups in seiner Innovationspolitik spielt. In allen Industrieländern, insbesondere in der Schweiz, ist die Innovationspolitik eine unablässige Rahmenbedingung – vergleichbar mit der Steuerpolitik, der Bodenpolitik oder der Bildungspolitik. Die Innovation betrifft nicht nur die Start-ups, sondern alle einheimischen Unternehmen und KMU und ist ein wichtiges Kriterium für die Ausrichtung unserer Akquisitionstätigkeit im Ausland geworden. Die Unterstützung von Start-ups stellt damit nur einen Teil dieser Innovationspolitik dar und darf nicht gegen die Innovationsförderung bei einheimischen KMU ausgespielt werden, die ebenfalls einen wichtigen Bereich darstellt.

Der Staatsrat stellt ferner fest, dass unser Kanton im interkantonalen und internationalen Vergleich über vielfältige Kompetenzen auf Hochschulebene verfügt und zwar sowohl im wirtschaftlichen als auch im technischen Bereich. Das Nutzungspotenzial dieser Kompetenzen ist gross. Die Gründung von Start-ups ist nicht die einzige Möglichkeit die Kompetenzen unserer Hochschulen zu nutzen, sie bietet aber ein grosses Wachstumspotenzial. Folglich gilt es, diese durch eine gezielte Politik zu

fördern. Die Überlegungen, die zur Errichtung eines Technologieparks in Freiburg geführt haben, basierten genau auf dieser Feststellung.

Im Übrigen kann der Nutzen dieser Förderpolitik für Start-ups nicht anhand der jüngsten Vergangenheit gemessen werden. Da ein Start-up mehrere Jahre braucht, um sein Wachstumspotenzial nachzuweisen, geht der Blick nicht weit genug zurück. Darüber hinaus stellt man fest, dass dieser Prozess sich mit der Entwicklung des Innovationsquartiers blueFACTORY beschleunigt.

Der Staat unterstützt die Gründung von Start-ups über einen Auftrag, den er dem Verein FriUp erteilt hat. Der Verein erbringt Beratungsdienstleistungen für Unternehmensgründer und bietet die Möglichkeit einer Unterbringung während 2 Jahren an drei Standorten im Kanton. Die gleichen Beratungsdienstleistungen stehen übrigens auch innovativen KMU zur Verfügung. FriUp berät knapp 120 Unternehmen pro Jahr, die Hälfte davon sind Start-ups und die andere Hälfte sind einheimische Unternehmen und KMU. Das Budget von FriUp wurde bereits weiter oben behandelt. Der Staat leistet einen A-fonds-perdu-Beitrag von etwa einer Million Franken pro Jahr. Etwa 60 bis 70 % dieses Budgets wird für Start-ups verwendet. Über 90 % der seit 2008 von FriUp begleiteten Start-ups existieren noch, was den von den Grossräten Gander und Waeber zitierten Statistiken widerspricht und unter Beweis stellt, wie wichtig eine professionelle Begleitung zur Unterstützung dieser Unternehmensphase ist.

Gleichzeitig hat der Staat in verschiedene Finanzmethoden investiert, die es ermöglichen, die Unternehmen mit Kapital oder Bürgschaften zu unterstützen. SeedCapital und Risikokapital Freiburg können den Projektträgern Darlehen für die Startphase und Risikokapital für die folgenden Phasen vergeben. Die Westschweizer Bürgschaftsgenossenschaft *Cautionnement romand* kann Darlehen verbürgen, die Unternehmen für die Wachstumsphase benötigen. Dieses Instrument steht auch den KMU zur Verfügung. Bei all diesen Finanzierungsinstrumenten übernimmt der Staat eine subsidiäre Rolle, um eine Finanzierungsrunde, die der Finanzmarkt nicht oder nur ungenügend übernimmt, zu unterstützen, zu finanzieren oder auszulösen. Keine dieser Finanzierungen wird a-fonds-perdu geleistet, sie sind stets rückzahlbar oder auf einen bestimmten Zeitpunkt realisierbar. Somit kann zwar von Risikoinvestitionen gesprochen werden, grundsätzlich aber nicht von zusätzlichen Kosten für den Staat.

Diese verschiedenen Instrumente ermöglichten auch die Niederlassung von auswärtigen Start-ups, die hauptsächlich aus anderen Regionen der Schweiz stammen und die sich nicht alle auf dem blueFACTORY-Gelände oder den anderen Gründerzentren niedergelassen haben. Mehrere haben sich zum Beispiel im *Vivier* in Villaz-St-Pierre niedergelassen. So etwa Glass2Energy, eine Firma, die in den kommenden drei Jahren über 100 Arbeitsplätze schaffen könnte. Die Firma stellt transparente Solarmodule her, die auf einer an der ETH Lausanne entwickelten Technologie basieren.

a) *Wieviel hat der Staat in die Start-ups investiert?*

Der Staat investiert nicht direkt in Beteiligungen oder Darlehen an Start-ups. Seine Rolle beschränkt sich darauf, Finanzierungsinstrumente allein oder mit anderen Partnern bereitzustellen.

Für die Beratungsdienstleistungen von FriUp leistet er seit 2008 A-fonds-perdu-Beiträge von etwa 0,6 Millionen Franken pro Jahr.

Er hat der Stiftung SeedCapital einen einmaligen Betrag von 2 Millionen Franken ausgezahlt (im Rahmen des Plans zur Stützung der Wirtschaft aus dem Jahr 2010).

Als Aktionär der Risikokapital Freiburg AG (zusammen mit der FKB, der Groupe E und der Pensionskasse des Kantons Freiburg) hat der Staat 1998 eine erste Investition von 3 Millionen Franken getätigt und im Jahr 2012 hat er sich an der Kapitalaufstockung um 3,3 Millionen Franken beteiligt.

Er hat eine Million Franken in das Kapital der Bürgschaftsgenossenschaft Coopérative de Cautionnement Romand investiert.

b) Wie viele Start-ups werden zurzeit unterstützt?

Zurzeit werden über FriUp 36 Start-ups unterstützt und in den Gründerzentren Nord (11), Süd (13) und blueFACTORY (12) beherbergt.

SeedCapital hat in 11 Unternehmen investiert.

Risikokapital Freiburg ist zurzeit an 6 Start-ups beteiligt.

19 Unternehmen des Kantons haben Darlehen im Rahmen der Bürgschaftsgenossenschaft *Cautionnement romand* erhalten, fünf davon sind Start-ups.

c) Wie viele Start-ups haben bis heute die volle Reife erreicht und können als rentabel und lebensfähig erachtet werden?

FriUp hat seit 2008 insgesamt 52 Start-ups begleitet, von denen 95 % immer noch existieren und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit wachsen. Zusammen zählen sie heute 152 Arbeitsplätze.

Das Konzept der «Reife» ist für ein im Wachstum begriffenes Start-up schwer auf rationale und objektive Art zu definieren. Falls allein der Finanzhaushalt betrachtet wird, um den Erfolg eines Start-ups zu messen, haben nur etwa zehn Unternehmen während ihres Coachings durch FriUp das finanzielle Gleichgewicht erlangt. Aber es ist äusserst schwierig, heute die Lebensfähigkeit und die langfristigen Wachstumschancen aller dieser Unternehmen voraussehen zu wollen.

Seit der Eröffnung des blueFACTORY-Geländes ist ein erfreuliches Wachstum bei den Start-ups feststellbar. Auch die privaten Mittel, die sie für sich gewinnen können, und ihr allgemeines Wachstumspotenzial nehmen zu.

Ein Momentaufnahme der aktuellen Lage ist also keinesfalls repräsentativ für das Potenzial aller dieser Unternehmen in fünf oder zehn Jahren und kann auch nicht herangezogen werden, um die Politik des Staatsrats auf diesem Gebiet kurzfristig zu beurteilen, da diese auf einer langfristigen Vision aufbaut.

17. Juni 2014